

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 08.05.2008	an den Magistrat ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat V Amt: Sozialverwaltung	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss	☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Nichtöffentlich: ☐	Vorlage-Nr. 2008/0222 Magistratsbeschluss-Nr.

Betreff: Benchmarking "Hilfen zur Erziehung"
Bericht 2006

Vorlage vom: 07.05.2008

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
2. Der Magistrat beauftragt die Sozialverwaltung mit der Erstellung des Konzeptes
„Frühwarnsystem und Frühe Hilfen“
3. Der Bericht ist der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis zu geben.
4. Der Bericht ist dem Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis zu geben.

Anlagen: Bundesweites Benchmarking der Hilfen zur Erziehung_Kennzahlenvergleich 2006
 Beschluss des Magistrats der Wissenschaftsstadt Darmstadt vom 14. 5.2008

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 07.05.2008:

Der Magistrat hat mit Beschluss 0053 vom 02.02.2005 entschieden, dass sich die Wissenschaftsstadt Darmstadt dem 2005 gegründeten bundesweiten Benchmarkingkreis "Hilfen zur Erziehung +" mit dem Ziel anschließt, sich mit anderen Städten zu vergleichen, nach dem "Best-Practice-Prinzip" voneinander zu lernen und Hilfen zur Erziehung wirksamer und effizienter zu steuern.

Der bundesweite Benchmarkingkreis Hilfen zur Erziehung⁺ legt in seinem dritten Bericht erstmalig Zeitreihenbetrachtungen vor.

Auf dieser Basis können auch längerfristige stadtsspezifische Entwicklungen im Leistungsgeschehen erzieherischer Hilfen⁺ abgebildet werden. Dadurch werden weitere Anregungen für Steuerungsansätze und gute Praxen gewonnen.

Der Spannungsbogen zwischen dem Schutz des Kindes und den Elternrechten ist grundsätzlich eine Herausforderung, der sich die Mitarbeitenden im Städtischen Sozialdienst in ihrer Praxis täglich stellen müssen. Vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion zu den tragischen Fällen um Kindeswohlgefährdung ist dies nicht einfacher geworden. Eine zentrale Stellschraube für die Unterstützung der Fachkräfte ist die konzeptionelle Gestaltung der Personalplanung und Personalentwicklung im Sozialdienst.

In diesem Bericht werden daher erstmalig Daten zum Thema der Kindeswohlgefährdung veröffentlicht. Dabei geht es zum einen um die Frage, wie funktionsfähig die Kommunikationsnetzwerke der Jugendämter sind, zum anderen sollen Hinweise auf das Ausmaß an Kindeswohlgefährdung ermittelt werden.

Soziale Kontexte können sich entlastend und belastend auf die Situation in Familien auswirken. Mit belastenden Rahmenbedingungen steigen die Anforderungen an die Familien und ihren konstruktiven Umgang mit den Herausforderungen. Es kommt mit einer höheren Wahrscheinlichkeit zu Überforderungssituationen, die zu Krisen und Vernachlässigungen führen können und Hilfen zur Erziehung⁺ notwendig machen.

Als soziale Belastungsfaktoren für Familien werden die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen, die Destabilisierung von Familienstrukturen sowie berufliche Perspektivlosigkeit ausgewertet.

Soziale Rahmenbedingungen können sich auch entlastend auf die Situation in Familien auswirken. Die aktuelle Diskussion um den Ausbau an Kindertagesbetreuung und sozialen Frühwarn- und Unterstützungssystemen ist auch in diesem Zusammenhang zu sehen. Kommunale Investitionen in den Versorgungsgrad an Kindertagesbetreuung und für präventive Arbeit mit jungen Menschen sind ein Beispiel dafür.

Die wichtigsten Erkenntnisse bzw. Handlungsempfehlungen aus dem dritten Benchmarkingbericht sind:

Ergebnisse:

1. In fast allen Städten sind die Fallzahlen und Ausgaben gestiegen, in Darmstadt zum zweiten mal in Folge gesunken! Die 2005 eingeleiteten Steuerungsmaßnahmen sind also effektiv.
2. Die Leistungsdichte (S. 26 des Berichtes) ist in Darmstadt die zweittiefste aller Städte und die tiefste im Bereich der alten Bundesländer, das zeigt, dass gute Pädagogik und gute Steuerungsmaßnahmen sowie Wirtschaftlichkeit sich nicht ausschließen.
3. Darmstadt konnte seinen Anteil an Fällen mit Leistungen nach § 33 SGB VIII (Pflegekinder) an den stationären Fällen gesamt um mehr als zehn Prozent steigern. Dies ist bemerkenswert, weil in Darmstadt vergleichsweise selten stationäre Leistungen erbracht werden (KeZa 52.a).

Der Anteil der stationären Fälle liegt deutlich unter dem Mittelwert (s. KeZa 55). Diese Ergebnisse sind auf gezielte Steuerungsaktivitäten des Städtischen Sozialdienstes zurückzuführen und sollen zu einem Absenken der Ausgaben im Bereich der stationären Hilfen führen.

4. In Darmstadt korrespondiert der Wert der Leistungsdichte mit den ausgewiesenen Nettoausgaben (S.41) pro Einwohner, die bereits zum dritten mal in Folge gesunken sind. Beide Werte liegen im Vergleich merklich unter dem Mittelwert. Es zeigt wie effektiv die eingeleiteten Steuerungsmaßnahmen greifen.
5. Zwischen 2,4 und 8,9 Meldungen von Kindeswohlgefährdungen pro 1.000 junge Einwohner unter 18 Jahren (S.49) wurden von den Städten gemeldet. Die niedrige Quote für Darmstadt ist nicht auf Defizite im Kommunikationsnetzwerk zurückzuführen, sondern darauf, dass viele Kooperationspartner wie Grundschulen, Kindertagesstätten und Verbände viele Probleme in der Zusammenarbeit mit dem Städtischen Sozialdienst im Vorfeld auffangen.

Gleichwohl wollen wir auf dem Gebiet der Prävention eine neue Entwicklung einleiten. Da Säuglinge und Kleinkinder den meisten Schutz benötigen, und Familien gerade mit ganz kleinen Kindern oft aus Überforderung heraus unangemessen reagieren, wollen wir Familien Hilfe von Anfang an bieten. Familien sollen in der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung gegenüber ihren kleinen Kindern gestärkt und unterstützt werden. Zwar gibt es ein breites Spektrum an Hilfsangeboten, was aber oft fehlt, sind systematische, abgestimmte institutionelle Verfahren und Handlungsschritte für die Einleitung früher Hilfen. Ein soziales Frühwarnsystem sollte diese Lücke schließen.

Handlungsempfehlungen:

1. Im Bereich der prozentual niedrigsten stationären Hilfen gibt es weiterhin ein Entwicklungspotenzial hin zu einem erhöhten Einsatz von Pflegefamilien. Daher sollte dieser Bereich in Zusammenarbeit mit freien Trägern weiter ausgebaut werden.
2. Durch interne und externe Fortbildungen soll die hohe Qualifizierung der sozialpädagogischen Fachkräfte im Städtischen Sozialdienst erhalten bleiben. Die Hilfen können so passgenau und damit effektiv gestaltet werden. Alle frei werdenden Stellen sollen umgehend besetzt werden.
3. Der Anteil niedrigschwelliger Hilfen (§ 27 SGB VIII) ist noch zu gering, die Sozialverwaltung soll das ambulante Angebot in diesem Bereich ausweiten.
4. Die Sozialverwaltung soll dem Magistrat möglichst umgehend auf der Basis aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse ein Konzept für ein soziales Frühwarnsystem in Darmstadt ausarbeiten, das die systematische Einbindung des bereits vorhandenen Netzwerks in diesem Bereich mit vorsieht.

Darmstadt, 07.05.2008
Dr.M-ge, Nst.: 2519

Dezernat V

Jochen Partsch
Stadtrat

Anlage

Benchmarkingbericht Erzieherische Hilfen 2006